

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9421

Hier hat es eine Verständigung der Parlamentarischen Geschäftsführer gegeben. Die Parlamentarischen Geschäftsführer schlagen uns vor, dass wir den Tagesordnungspunkt 10 **auf die morgige Tagesordnung** am 25. Juni **verschieben**. Dort soll dieser Tagesordnungspunkt dann Tagesordnungspunkt 12 werden. Der morgige Tagesordnungspunkt 12 soll dann Tagesordnungspunkt 13 werden und ohne Debatte überwiesen werden.

Wer diesem Verfahrensbeschluss seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

11 Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/8884

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Drucksache 14/9433

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9464

zweite Lesung

Jetzt müssen wir noch einmal beraten, meine Damen und Herren. Danach ist das alles etwas einfacher. Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Deppe das Wort. Bitte schön.

Rainer Deppe (CDU): Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zu dieser fortgeschrittenen Stunde will ich testen, ob Sie noch reaktionsfähig sind. Deshalb eine Frage vorweg: Was war am Montag, 27. April 2009?

(Gerd Stüttgen [SPD]: Da haben Sie die Jagdsteuer abgeschafft!)

Also, keiner weiß es. Ich gebe Ihnen noch einen Tipp. Was ist denn an jedem letzten Montag im April um 15 Uhr?

(Zuruf von Gerd Stüttgen [SPD])

Da, meine Damen und Herren, findet in ganz Nordrhein-Westfalen die staatliche Jägerprüfung statt. Die Teilnehmer an dieser Prüfung haben ein amtli-

ches Führungszeugnis, sie besitzen die erforderliche Zuverlässigkeit und die körperliche Eignung. Sonst werden sie nicht zur Prüfung zugelassen.

Die Jägerprüfung wird vor einem fünfköpfigen Prüfungsausschuss der unteren Jagdbehörde in den Kreisen abgelegt. Sie besteht im schriftlichen Teil aus hundert von der oberen Jagdbehörde festgelegten Fragen und einer dreißigminütigen mündlich-praktischen Prüfung. Die Prüfungsinhalte sind unter anderem: Kenntnis der Tierarten, Wildbiologie, Wildhege, Naturschutz, waidgerechte Jagd ausübung, Sicherheitsbestimmungen, Wildkrankheiten, Land- und Waldbau, Wildschadenverhütung, Waffentechnik, Jagdrecht, Waffenrecht, Tierschutzrecht, Naturschutzrecht, Landschaftspflegerecht.

65.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen haben dieses „grüne Abitur“ abgelegt, meine Damen und Herren. Statt froh zu sein, dass sich diese Experten in Sachen Naturschutz vertraglich verpflichten, in Schulen und Kindergärten aktiv Umweltbildung zu betreiben, fällt der Opposition nichts Besseres ein, als diese 65.000 Menschen pauschal zu diskriminieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Für Sie von der Opposition ist es doch wohl so: Die Jäger wissen zu viel, und deshalb unternehmen Sie mit Ihrer Anfrage und mit Ihren Pressemitteilungen alles an schäbigen Versuchen, um diese engagierten Fachleute aus den Schulen fernzuhalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir jedenfalls, meine Damen und Herren, sortieren die Naturschützer nicht in Gut und Böse, sondern wir sagen: Wer sich für die Natur engagiert und das nötige Fachwissen objektiv vermittelt, hat unsere Unterstützung und ist uns herzlich willkommen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Deppe, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stüttgen?

Rainer Deppe (CDU): Bitte schön, wenn Sie die Zeit gutschreiben.

Vizepräsident Edgar Moron: Jetzt macht bitte nicht noch einmal eine große Runde auf. – Herr Stüttgen.

Gerd Stüttgen (SPD): Herr Deppe, ist Ihnen bekannt, dass viele Landräte, die Ihrer Partei angehören, unter anderem der Landrat des Hochsauerlandkreises, Herr Dr. Schneider, in Schreiben unter anderem an den Ministerpräsidenten ihn aufgefordert haben, die Jagdsteuer beizubehalten?

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank. – Jetzt noch Frau Beer, bitte.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Deppe, ist Ihnen die Äußerung von Jochen Borchert, dem Präsidenten des Deutschen Jagdschutzverbands, bekannt, der sich in dem Themenheft „Passion Jagd“ 2008 im Rahmen von „Kirche im ländlichen Raum“ dahin gehend geäußert hat, bei der Jagd gehe es „auch ums Beutemachen“. In der Zeitung „Unsere Kirche“ wird er wie folgt wiedergegeben: Wer um „vier Uhr auf den Ansitz klettert, denkt nicht ausschließlich ans ökologische Gleichgewicht.“

(Lachen von der CDU)

Rainer Deppe (CDU): Liebe Frau Beer, Sie setzen natürlich wieder genau das fort, was Sie schon in der Anhörung, der Pressemitteilung und Ihrer Anfrage praktiziert haben: Ihnen sind die Jäger ein Dorn im Auge, denn die haben Ahnung von Umweltschutz und eine staatliche Prüfung abgelegt.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe eben die Inhalte dargestellt; sie haben sich ein halbes Jahr auf die Prüfung vorbereitet.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Sie leisten Tausende von ehrenamtlichen Stunden. Aber diese Leute passen nicht in Ihr Konzept. Deshalb hetzen Sie gegen die Jäger in Nordrhein-Westfalen, wo Sie nur können.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von Barbara Steffens [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, wir haben Vertrauen in die Jäger und in den Landesjagdverband.

Die Beratungen und die Anhörung zum Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer haben eindeutig ergeben: Die Jäger übernehmen wichtige Aufgaben für die Allgemeinheit. Sie engagieren sich im Biotop- und Naturschutz, sie beschaffen die Datengrundlagen für das Wildmonitoring, sie engagieren sich im Artenschutz, sie betreiben aktiv Umweltbildung, in Nordrhein-Westfalen beispielsweise mit 53 „Rollenden Waldschulen“.

(Ursula Meurer [SPD]: Sie fahren zu schnell durch Ortschaften!)

Sie entsorgen umgekommene oder verletzte Wildtiere, 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr bei ca. 25.000 erfassten Wildunfällen. Sie bringen Impfköder zur Bekämpfung gefährlicher Tierseuchen aus – allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 125.000 Stück gegen die Ausbreitung der Wildschweinepest. Sie helfen in unserem dicht besiedelten Land, das Gleichgewicht der Arten zu erhalten.

Nur die Jäger sind in der Lage, für die dringend notwendige Reduzierung des Wildschweinbestands auf zwei Wildschweine je 100 ha zu sorgen.

Diese Aufgaben für die Allgemeinheit leisten die Jäger in ihrer Freizeit und unentgeltlich. Sie von der SPD und den Grünen wollen die Jäger zum Dank dafür mit einer Sondersteuer zur Kasse bitten. Wir sagen: Das ist schon lange nicht mehr in Ordnung. Deshalb gibt es nach Verabschiedung dieses Gesetzes neun Bundesländer ohne Jagdsteuer. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Deppe. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Wiegand das Wort.

Stefanie Wiegand (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Deppe, lassen Sie uns wieder zum Thema zurückkommen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das Thema ist die Jagdsteuer und nicht die Leistung der Jäger für Naturschutz und Umwelt,

(Dietmar Brockes [FDP]: Dann hätten Sie das Gesetz lesen sollen!)

die selbstverständlich auch die SPD-Fraktion anerkennt.

Nichtsdestotrotz haben wir als Politiker die Verpflichtung, Anwalt aller Bürger und aller Gremien zu sein, und nicht nur eine bestimmte Klientel zu unterstützen. Denn von uns aus kann die Landesregierung die Jagdsteuer gerne abschaffen – aber bitte nur, wenn die Kommunen auch die versprochene Kompensation dafür erhalten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das haben Sie denen nämlich auch versprochen, werte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP. Daher möchte ich hier und heute noch einmal auf die eklatanten Brüche von Wahlversprechen von CDU und FDP sowie die Zusicherungen der von Ihnen getragenen Landesregierung eingehen.

Schon vor mehr als vier Jahren haben Sie von CDU und FDP das Wahlversprechen abgegeben, die Jagdsteuer im Land Nordrhein-Westfalen zu kippen.

(Christian Möbius [CDU]: Und das werden wir!)

So war es Ihren Annoncen in den einschlägigen Fachzeitschriften zu entnehmen, so beschlossen es Ihre Parteigremien. So stand es anschließend in Ihren Parteiprogrammen zur Landtagswahl 2005.

(Dietmar Brockes [FDP]: Und jetzt machen wir das auch noch! Das ist ja furchtbar!)

Unmissverständlich hat sich Schwarz-Gelb am 20. Juni 2005 in der Koalitionsvereinbarung die Verpflichtung auferlegt, sogenannte Bagatellsteuern abzuschaffen

(Ralf Witzel [FDP]: Richtig!)

und angemessen zu kompensieren,

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Tenor: Blattschuss für die Jagdsteuer. In Zukunft soll alles transparenter, gerechter und planbarer sein.

(Dietmar Brockes [FDP]: Genau!)

Keine kompensationslose Belastung kommunaler Haushalte – so haben Sie es aufgeschrieben.

(Zustimmung von der FDP)

In der Antwort auf meine Kleine Anfrage Drucksache 14/155 heißt es vonseiten der Landesregierung:

Eine Abschaffung von kommunalen Aufwandsteuern, zu denen auch die Jagdsteuer gehört, muss allerdings mit einer angemessenen Kompensation im Rahmen der notwendigen Gemeindefinanzreform einhergehen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Genau!)

Schon bald sollte also landesweit das Hornsignal erschallen können: Jagdsteuer tot. So weit der Stand vor genau 48 Monaten.

Aber die Realität schwarz-gelben politischen Taktierens und Verschiebens im Landtag und in der Landesregierung ist bei der Jagdsteuer ein Ränkespiel und politisches Versagen sondergleichen.

(Ralf Witzel [FDP]: Wir halten Wort!)

Sie werden mit Ihrer Mehrheit hier und heute gleich sieben Wahlversprechen und regierungsseitige Zusagen auf einmal brechen.

Erstens. Die Jagdsteuer wird nicht in dieser Legislaturperiode abgeschafft. Im nächsten Jahr, dem Landtagswahljahr 2010, erfolgt gerade einmal eine Reduzierung um ein Viertel. Erst in der nächsten Legislaturperiode, im Jahr 2013, wird nach Ihren Plänen die Jagdsteuer vollständig abgeschafft sein.

Zweitens. Die betroffenen Kreise und kreisfreien Städte erhalten nicht die angemessene Kompensation.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Doch!)

Mit Ihnen wird es gar keine Kompensation für die ausfallenden Steuern geben.

(Dietmar Brockes [FDP]: Haben Sie das Gesetz nicht gelesen?)

Drittens. Sie unterhöhlen ohne Not eines der Fundamente der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie, das Erheben und Einnehmen eigener finanzieller Mittel. Dabei ist es jedem Kreis und jeder kreis-

freien Stadt unbenommen, schon jetzt auf die Erhebung der Jagdsteuer ganz oder teilweise zu verzichten.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Eine landesseitige Regelung im Sinne des Koalitionsvertrags ist, gelinde gesagt, entbehrlich. Erinnern Sie sich? Sie haben den Kommunen zugesichert, ihre Autonomie zu respektieren.

Viertens. Schon vergessen? Sie wollten Entbürokratisierung und Reduzierung von Verwaltungsaufwand. Stattdessen schaffen Sie mit der Umsetzung einer noch zu schließenden Vereinbarung bei der Fallwildbeseitigung ein neues bürokratisches Monstrum.

(Zuruf von der FDP: Falsch!)

Fünftens. Sie führen Stellungnahmen und Zuschriften – ich nenne hier stellvertretend die kommunalen Spitzenverbände und die Resolution des Hochsauerlandkreises – ad absurdum. Sie berücksichtigen sie im Gesetzgebungsverfahren – und nicht nur hier – stets nur dann, wenn Ihnen das ideologisch ins Korsett passt.

Sechstens. Sie wollten 2005 mehr Gerechtigkeit. Stattdessen profitieren von Ihrer Steuerentlastung nur die Revierinhaber. Allen anderen einfachen Waidmännern greifen Sie gleichzeitig tief in die grüne Rocktasche, indem Sie die Jagdabgabe drastisch erhöhen und ausschließlich dem Landeshaushalt zuführen.

Siebtens. Wo waren denn Ihre Leute in den Kreistagen und den Räten der Kreise und kreisfreien Städte? Die Kommunalfraktionen von CDU und FDP hätten vor Ort mit Mehrheitsbeschluss die Jagdsteuer schon vor Jahren kippen können. Das haben sie nicht getan. Aber auch mit denen haben Sie Hase und Igel gespielt. Die haben Ihnen nämlich vertraut, dass eine landesseitige Kompensation für das Wegbrechen des Jagdsteueraufkommens kommt. Auch gegenüber Ihren eigenen kommunalen Mandatsträgern sind Sie also wortbrüchig geworden.

Ich frage Sie, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen von CDU und FDP: Wollen Sie allen Ernstes am heutigen Tag nach vier verlorenen Jahren die Abschaffung der Jagdsteuer als Ihre große heroische Tat feiern?

Glauben Sie wirklich, dass Sie die Öffentlichkeit im Land, insbesondere die Jägerinnen und Jäger, die Medien und die Bürgerinnen und Bürger, ...

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin Wiegand, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Beifall von der FDP)

– Ich merke mir diesen Beifall. Das habe ich mir gemerkt.

Stefanie Wiegand (SPD): Ich komme zum Ende.

... gerade die mit Funktionen in kommunaler Verantwortung, hinter die Tanne führen können?

Meine Damen und Herren, wir als SPD lehnen den vorliegenden Gesetzentwurf der Regierungsfractionen ab und verweisen auf unseren eingebrachten Entschließungsantrag. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Wiegand. – Herr Kollege Ellerbrock, Sie haben jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

Holger Ellerbrock (FDP): Meine Damen und Herren, abweichend von der Regel muss ich heute feststellen, dass mein Präsident mir nicht den Rücken stärkt, sondern heute im Nacken sitzt. Das muss ich feststellen.

Meine Damen und Herren, die Koalition löst hiermit das Versprechen ein, die Jagdsteuer abzuschaffen.

(Lachen von Frank Sichau [SPD])

Zu dem, was die Kollegin Wiegand hier dargestellt hat: Frau Kollegin, bei allem Respekt – auf die einzelnen Punkten können wir noch eingehen –: Dieses ist längst überfällig gewesen, und ich stehe dazu, dass wir das machen. Das ist ein überholtes Gesetz gewesen. Die Leistungen der Jägerschaft sind zum ersten Mal in einem Gesetzentwurf definiert und monetarisiert worden. Das sind die Leistungen, die die Jägerschaft bislang freiwillig für die Gesellschaft eingebracht hat.

Welcher Geist bei der Opposition dahinter steht, sieht man im ersten Absatz des Entschließungsantrages.

(Dietmar Brockes [FDP]: Genau!)

Da heißt es nämlich: Die Mittel aus der Jagdsteuer fehlen beim öffentlichen Personennahverkehr oder im Naturschutz. Also: Die Jagdsteuer ist ein Mittel, um den öffentlichen Personennahverkehr quersubventionieren. Das ist Ihr Gedankengebäude, Frau Kollegin, das ist nicht unser Gedankengebäude.

(Beifall von FDP und CDU)

Klarheit ist Wahrheit, eindeutige Kostenzurechnung, das muss man ganz klar sagen.

Man kann zur Jagd stehen, wie man will. Tatsache ist aber, dass neben der Jagd selber ein vielfältiges ehrenamtliches Engagement der Jäger festzustellen ist. Dieses Engagement kleinzureden und, wie die Kollegin Beer es in Ihrer Kleinen Anfrage macht, irgendeine Verbindung mit den Ereignissen von

Winnenden subkutan zu unterstellen, das halte ich für schamlos.

(Beifall von der FDP – Ralf Witzel [FDP]:
Peinlich ist das!)

Meine Damen und Herren, ich bin kein Jäger, weiß aber zu schätzen, was die Jäger für die Allgemeinheit leisten.

Von Grün wird unterstellt, dass es gute Naturschützer gibt – das sind die aus der grünen Klientel, die öffentlich gefördert werden. Und diejenigen, die das über Jahre ehrenamtlich machen, zum Beispiel die Jäger mit der „Rollenden Waldschule“, das sind die schlechten Naturschützer. Die werden hier diskreditiert. Das können Sie machen,

(Beifall von der FDP)

das ist Ihr Gedankengebäude. Das ist nicht unser Gedankengebäude und – das nehme ich auch für die Kollegen der CDU in Anspruch – das ist auch nicht deren Gedankengebäude.

Meine Damen und Herren, das ist alles im Zusammenhang gesehen die geistige Struktur der Grünen hier, und das nenne ich in diesem Falle schamlos!

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Schamlos, Frau Kollegin, Winnenden mit den Jägern in Verbindung zu bringen! Das ist schamlos,

(Beifall von FDP und CDU)

und das muss man deutlich anprangern.

Meine Damen und Herren, wir haben natürlich auch versucht, die kommunalen Belange zu berücksichtigen. Das, was die Jäger über Jahre freiwillig geleistet haben, soll nun festgeschrieben werden, damit diejenigen, bei denen die Einnahmen aus der Jagdsteuer entfallen, eine Kalkulationssicherheit haben. Das sind nämlich die Kreise und kreisfreien Städte. Das ist die Fallwildbeseitigung, das ist das Engagement im Naturschutz, das hat auch etwas mit der offenen Ganztagschule zu tun, das hat auch mit der „Rollenden Waldschule“ zu tun.

Übrigens, Kolleginnen und Kollegen von den Grünen: Ich möchte nun von der UN-Weltkonferenz „Bildung und nachhaltige Entwicklung“, die ansonsten von dieser Seite als Monstranz vorangetragen wird, mit Erlaubnis meines Präsidenten zitieren:

Auszeichnung. Die Vereinten Nationen haben für die Jahre 2005 bis 2014 die Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen. Für die Beteiligung an dieser Dekade wird der Deutsche Jagdschutzverband e. V. bezogen auf das Projekt „Initiative Lernort Natur“ durch das deutsche Nationalkomitee der UN-Dekade ... ausgezeichnet.

Ich möchte gar nicht weiter fortfahren. Das ist wohl deutlich genug.

Wir stehen zur Aufhebung dieses Gesetzes. Ich habe eben versucht, den geistigen Horizont der

Grünen zu markieren. Und diese Art finde ich schamlos. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Abgeordneter Rimmel das Wort.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Der demagogische Ellerbrock!)

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will gleich anknüpfen. Ich habe mir die Frage von der Kollegin Beer gerade noch einmal durchgelesen. Ich finde da keinen Hinweis auf Winnenden. Da muss man auch redlich bleiben. In der Anfrage wird hinterfragt, was an Schulen, was in anderen Debatten zurzeit stattfindet: Ist es richtig, dass wir Schießstände an Schulen haben? Ist es richtig, dass Jäger in Schulen, in offenen Grundschulen gehen und entsprechend unterrichten? Diese Frage wird hier gestellt. Darüber kann man ganz sachlich und seriös reden. Den Zusammenhang mit Winnenden hat die Kollegin Beer in ihrer Frage nicht entsprechend hergestellt. Das möchte ich hier richtigstellen.

Aber worum geht es eigentlich? Ich will zum Kern kommen. Was mir an der Debatte – sowohl bei der Einbringung als auch heute – auffällt, ist, dass die Redner der Koalitionsfraktionen beflissen und bemüht sind, die Leistungen der Jägerschaft in den Vordergrund zu stellen.

(Ralf Witzel [FDP]: Richtig!)

Mir scheint das so zu sein, als wenn Sie damit argumentativ verdecken wollten, warum es hier eigentlich geht.

Ich kenne Jäger, solche und solche, und Jägerinnen im Übrigen auch, solche und solche. Es geht gar nicht um die Leistungen der Jägerinnen und Jäger. Wir diskutieren auch nicht im Zusammenhang mit der Erhebung von anderen Steuern über die Leistungen derer, die besteuert werden.

(Zurufe von der FDP)

– Nein, nein. Es ist der Grundsatz jeder Steuererhebung, dass das Geld in den allgemeinen Haushalt fließt und keiner bestimmten Leistung zuzurechnen ist. Jede Steuer dient – im Gegensatz zur Abgabe – der Finanzierung der öffentlichen Ausgaben. Die Abgabe ist orientiert an bestimmten Sachverhalten, die Steuer jedoch fließt dem allgemeinen öffentlichen Haushalt zu. Darum geht es. Das ist der Grundsatz.

Deshalb brauchen wir auch nicht über Leistungen an dieser Stelle zu reden, sondern müssen fragen: Was wird dem öffentlichen Haushalt dadurch entzogen? – Dazu haben sich die kommunalen Spitzenverbände, insbesondere der Landkreistag, entspre-

chend geäußert. Natürlich sind rund 8 Millionen eine Bagatelsteuer, einverstanden. Aber es sind 8 Millionen €, die den Kommunen nicht ersetzt werden.

Sie haben bis heute keine Antwort darauf gegeben, wo Sie doch sonst die Prinzipien der kommunalen Selbstverwaltung, die Prinzipien der kommunalen Hoheit sowie die Frage, wie im Rahmen des Konnexitätsprinzips mit den Kommunen umzugehen ist, besonders hochhalten. An dieser Stelle interessiert Sie das überhaupt nicht. Diese Frage haben Sie bis heute nicht beantwortet.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Rimmel, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Gerne.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Rimmel, wären Sie bereit, das, was ich eben ausgeführt habe, einfach noch einmal zur Kenntnis zu nehmen, wonach bislang freiwillige Leistungen zugunsten der Kommunen nunmehr festgeschrieben werden und somit eine sichere Kalkulationsgrundlage für die Kommunen sind?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ich nehme das so zur Kenntnis, wie Sie das gesagt haben. Aber in der Anhörung ist auch deutlich geworden, dass das, was möglicherweise an freiwilligen Leistungen irgendwo unverbindlich fixiert ist, nicht dem entspricht, was die Kommunen als Einnahmeausfall an der anderen Stelle verkraften müssen.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Wer sagt das denn?)

– Herr Witzel, Sie waren bei der Anhörung nicht da. Lesen Sie doch die Protokolle! Da haben Sachverständige dazu Stellung genommen, insbesondere auch die Vertreter des Landkreistages. Das ist eindeutig an dieser Stelle bestätigt worden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Worum ging es Ihnen? – Das ist in der parlamentarischen Beratung deutlich geworden: Sie wollten den 20. Juni erreichen. Da fand nämlich der Verbandstag der Jägerschaft statt. Da wollten Sie entsprechend glänzen. Das zeigt auch, was Ihre Absicht war und ist: Sie bedienen eindeutig ein Klientel. Offensichtlich meinen Sie, dass dieses Klientel eher Ihnen nahe steht. Das ist ein Wahlgeschenk, das Sie versprochen haben und jetzt liefern. Ich finde es aber, bezogen auf die kommunalen Finanzen, nicht gerechtfertigt, zum jetzigen Zeitpunkt solche Geschenke zu verteilen.

Lassen Sie mich eine Anmerkung zum Schluss machen, die auch im Plenarprotokoll stehen sollte. Ich halte es für einen einmaligen Vorgang – Herr Ortgies, ich spreche Sie persönlich an –, dass Sie für die CDU-Fraktion in einer Anhörung, zu der wir Sachverständige von außen laden, einem Sachverständigen mit Konsequenzen gedroht haben, weil er seine Meinung, seinen Fachbeitrag in dieser Anhörung zu Gehör gebracht hat. Das halte ich für einen ungeheuren Vorgang,

(Beifall von GRÜNEN und Hans-Willi Körfges [SPD])

aber das zeigt gleichzeitig, welche emotionale Betroffenheit bei Ihnen bei diesem Thema Jagdsteuer vorhanden ist. Das macht Sie nicht frei, hier objektiv zu entscheiden. Sie entscheiden sich eben gegen die Kommunen. Das finden wir falsch. Deshalb lehnen wir die Abschaffung der Jagdsteuer ab. - Vielen Dank.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Jetzt hat Herr Minister Uhlenberg das Wort.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung dankt den Koalitionsfraktionen für den Gesetzentwurf zur Abschaffung der Jagdsteuer und für die bislang sehr zügige Beratung ausdrücklich.

Wie von den Koalitionsfraktionen bereits betont, hat die Anhörung nach Auffassung der Landesregierung nochmals deutlich gemacht, welche Leistungen die Jägerschaft bisher auf freiwilliger Basis erbringt. Die vom Landesjagdverband dargelegten Zahlen und Berechnungen waren nachvollziehbar. Wie bereits im Plenum am 1. April zugesagt, wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass die in dem Antrag aufgeführten Vereinbarungen zur Entsorgung von Verkehrsunfallwild sowie über die von Jägern zu erbringenden Naturschutzleistungen und die Leistungen zur Umweltbildung getroffen werden.

Damit werden die Leistungen der Jäger, die sie bereits seit Jahren ehrenamtlich erbringen, auf eine verlässliche Basis gestellt und erfahren auch die ihnen gebührende Anerkennung. Die Rahmenvereinbarungen sind ausgehandelt und werden mit der Verabschiedung des Gesetzes unterzeichnet. Die Einrichtung des im Gesetzentwurf vorgesehenen Treuhandkontos des Landesjagdverbandes zur Absicherung der Verpflichtungen in der Entsorgung von verkehrsunfalltem Wild ist rechtlich und finanziell unproblematisch.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, noch einige Anmerkungen zum Entschließungsantrag der SPD. Ich freue mich, dass auch die SPD-Fraktion, Frau

Abgeordnete Wiegand, die unumstrittenen Leistungen der Jägerinnen und Jäger anerkennt. Aber bei der Diskussion um die Erhöhung der Jagdabgabe verwechseln Sie immer noch Äpfel mit Birnen. Die Jagdabgabe, Frau Abgeordnete, ist eben keine Steuer, die dem Landeshaushalt zugute kommt, wie Sie es gerade wieder gesagt haben – das ist völlig falsch –, sondern eine zweckgebundene Abgabe, aus der das Jagdwesen gefördert wird. Mit anderen Worten: Die Jäger bringen ihre Fördermittel selbst auf. Ich möchte hinzufügen: Diese Jagdabgabe ist in Nordrhein-Westfalen seit 17 Jahren nicht erhöht worden. – Vielen Dank an die Koalitionsfraktionen für die Unterstützung und Beratung.

(Beifall von der CDU)

Ich glaube, meine Damen und Herren, dass mit der Abschaffung der Jagdsteuer Nordrhein-Westfalen einen richtigen Weg geht, wie ihn schon viele andere Bundesländer – auch mit sozialdemokratischer Mehrheit, als es sie damals in den Bundesländern noch gab – gegangen sind. – Vielen Dank für die Unterstützung.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir stimmen ab, und zwar über den Gesetzentwurf Drucksache 14/8884. Der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/9433**, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Empfehlung mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Wir stimmen zweitens ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/9464**. Wer für diesen Entschließungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Entschließungsantrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Grünen **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, ich bitte noch ein paar Minuten um Aufmerksamkeit. Dann können Sie an dem Parlamentarischen Abend gerne teilnehmen. Wir haben keine weiteren großen Beratungen mehr vor uns.

Tagesordnungspunkt 12: